

„Sozialkompetenz wird unterschätzt“

Digitalisierung. Viele neue Dienstleistungsjobs entstehen – deren Ruf und Bezahlung müssen aber besser werden

EU IM STRESS

THEMA DES TAGES

VON H. SILEITSCH-PARZER

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden 10 bis 20 Prozent der Jobs in der EU ersetzen, schätzt der Starökonom und Nobelpreisträger Sir Christopher Pissarides. Dafür entstehen viele neue Jobs, vor allem im Bereich der persönlichen Dienstleistungen. Deren Image und Bezahlung müssten sich aber dringend verbessern. „Soft skills“ (soziale Kompetenzen) zählen künftig mehr als technologische Fähigkeiten.

KURIER: Sie haben 2018 vor den Euro-Finanzministern vom „Krieg der Gesellschaft gegen Roboter“ gesprochen. Drastisch formuliert, oder?

Christopher Pissarides: Das waren wirklich meine Worte? Ich wollte wohl die Minister aufrütteln. In den Medien wird es oft so dargestellt, dass Roboter Einzug halten und uns die Arbeit wegnehmen. Ich würde da aber widersprechen. Die menschliche Kreativität, neue Jobs zu erschaffen, kennt keine Grenzen.

Wo genau entstehen diese?

Das ist schwer vorherzusagen. Aber schauen Sie sich auf der Straße um, überall sehen Sie Zusteller; in Lieferwagen, auf Mopeds, Fahrrädern. All diese Jobs sind erst durch das Internet entstanden.

Sie sind aber meist schlecht bezahlt. Steuern wir in eine Dienstbotengesellschaft?

Das ist eine echte Gefahr, der gegengesteuert werden muss. Wird die Spaltung des Arbeitsmarktes zu extrem, nehmen politische Radikalisierung und Extremismus zu.

Was sollte getan werden?

Diese Jobs müssen attraktiver werden; ihr sozialer Status und die Bezahlung steigen. Köche hatten früher kei-

nen besonders guten Ruf, heute sind manche Stars. Oder Fitness-Trainer. Noch vor 30 Jahren gab es Studios bestenfalls in dunklen Ecken.

Aber lässt sich das auf die breite Masse übertragen?

Ein Hotelmanager hat gesagt: „90 Prozent meiner Kosten entfallen aufs Personal. Ich kann unmöglich die Löhne anheben, ich wäre pleite.“ Es mag schwierig sein, aber die ökonomische Antwort ist: Wenn du die Servicequalität verbesserst, erhöhe gleichzeitig den Preis pro Zimmer.

Soziale Jobs sind schlecht bezahlt, wenn überhaupt, siehe häusliche Pflege. Der Markt wird das nicht regeln.

Bei persönlichen Services sogar eher als bei den Zusteller-Jobs. Als meine Geschwister und ich professionelle Betreuung für unsere Eltern gesucht haben, fanden wir keine wirklich guten Angebote. Die hätten teurer sein dürfen, es gab sie nicht. Am Ende haben wir zwar wenig gezahlt, die Pflege war auch in Ordnung, aber das Service nicht ideal, das Gebäude alt, etc.

Welche Rolle spielt eigentlich der Staat? Sollte er Mindestlöhne festsetzen?

Ich bin für Mindestlöhne, aber nicht als Instrument der Sozialpolitik, sondern um Mängel im Arbeitsmarkt zu beseitigen, wo der Wettbewerb fehlt. Aber sie dürfen nicht zu hoch angesetzt sein. Als in den USA für Fast-Food-Lokale Mindestlöhne vorgeschrieben wurden, haben sie kein Personal abgebaut, sondern dieses besser bezahlt.

Um Risiken der Automatisierung abzufedern, wird oft ein universelles Grundeinkommen vorgeschlagen. Wo sehen Sie Vor- und Nachteile?

Es wäre einfach zu verwalten, reduziert Armutsängste und wirkt nicht stigmatisierend. Allerdings gibt es Teile der Gesellschaft, die mit dem Minimaleinkommen nicht auskommen – etwa be-



Pissarides erhielt die Oskar-Morgenstern-Medaille der wirtschaftswissensch. Fakultät der Uni Wien

hinderte Personen. Und es kann sehr teuer werden, wenn es zu großzügig ausgelegt ist. Ein Schema, das ein recht niedriges Grundeinkommen auszahlt, aber Aufschläge für Bedürftige vorsieht, wäre günstig. Damit bliebe auch der Anreiz, weiterhin Arbeit zu suchen.

Eine Robotersteuer lehnen Sie ab. Ergibt das nicht eine Schiefelage? Der Staat zahlt für die Folgen der Automatisierung drauf, Unternehmen tragen die Gewinne davon.

Nein, denn die Unternehmen sollen ja beitragen. Aber wir sollten die Eigentümer der Roboter besteuern, die

vom Einsatz profitieren, nicht die Anzahl der Roboter. Die Steuer sollte auf die Gewinne oder die Dividenden, die ausgeschüttet werden, erfolgen. Sonst bestraft man Unternehmen, die höhere Produktivität anstreben. Eine Robotersteuer würde nicht funktionieren, weil Unternehmen

Zur Person

Sir Christopher Pissarides

Warum gibt es Arbeitslose, wenn doch gleichzeitig Stellen offen sind? Das Rechenmodell zur Beantwortung solcher Fragen hat Christopher Pissarides und seinen Kollegen Peter Diamond und Dale Mortensen 2010 den Wirtschaftsnobelpreis eingebracht. Der zypriotisch-britische Staatsbürger wurde 1948 in Nikosia geboren. Er lehrt an der London School of Economics (LSE), in Zypern und Hongkong. 2013 wurde er von der Queen zum Ritter geschlagen.

ihren Standort verlagern würden. Dann wären sie in China.

In Österreich soll ein Algorithmus entscheiden, welche Chancen ein Arbeitssuchender hat, und die Fördergelder steuern. Ist das schlau?

Es klingt gut, solange es funktioniert. Die Frage ist immer: Zielt man auf jene ab, die es am meisten brauchen, selbst wenn es wenig Aussicht auf Erfolg hat? Ich bin für den möglichst effizienten Einsatz der Mittel, aber die Übrigen dürfen nicht komplett aus dem Arbeitsmarkt rausfallen.

Viele Firmen stellen ungerne Personen über 50 Jahre ein. Was kann getan werden?

Das ist sehr kurzfristig. Jobs werden ohnehin nur für kurze Zeit angenommen, für drei oder vier Jahre im Schnitt. Warum stellt eine Firma einen Dreißigjährigen ein, nur weil 35 Berufsjahre vor ihm liegen? Solange ist er ohnehin nicht im Betrieb.

Ältere Arbeitnehmer sind im Regelfall aber auch teurer.

Sie sind dann teurer, wenn sie beim Einkommen dort fortsetzen, wo sie aufgehört haben. Wenn jemand nicht in Armut zurückfällt, weil sein Einkommen um 20 Prozent sinkt, sollte das für ihn akzeptabel sein. Dafür braucht es mehr Flexibilität, auf beiden Seiten.

FRANKEN-KREDITE

Urteil des EuGH trifft Banken hart

Polen. 14 Milliarden Euro. So teuer könnte eine Gerichtsentscheidung allen in Polen tätigen Banken kommen. Das wäre viermal so viel, wie die gesamten Gewinne der polnischen Banken im Jahr 2018. Grund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Frankenkrediten. Der EuGH erklärte, dass polnische Gerichte wegen missbräuchlicher Klauseln bestimmte Darlehensverträge in Schweizer Franken für nichtig erklären dürfen.

Im Kern ging es um die Berechnung von Zinsen und Rückzahlungen von Krediten in Schweizer Franken. Ein Kreditnehmer der Raiff-

eisen Bank International (RBI) hatte gegen die Bestimmung, wonach für die Auszahlung der Frankenkredite in polnischen Zloty auf den Ankaufrkurs und für die Rückzahlungen auf den Verkaufskurs zurückgegriffen wurde, geklagt und diese als missbräuchliche Klauseln bezeichnet. Missbräuchliche Klauseln wären aber unwirksam. Der Kläger machte auch geltend, dass ohne die Klauseln der Vertrag hinfällig sei, weil ohne sie kein korrekter Wechselkurs mehr bestimmt werden könne. Der EuGH folgte dieser Argumentation. Insgesamt sind bei allen Banken 11.000 Klagen anhängig.

BÖRSEBLICK

H&M erstmals seit zwei Jahren mit mehr Gewinn

Die Neuausrichtung des Modekonzerns Hennes & Mauritz (H&M) macht sich bezahlt. Im dritten Quartal legte der Gewinn erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder zu. Dabei half auch, dass die Sommerkollektion bei den Kunden gut angekommen ist. Vor Steuern kletterte der Gewinn im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ein Viertel auf 5,01 Milliarden schwedische Kronen (463 Mio. Euro). Damit übertrafen die Schweden die Erwartungen der Analysten. Der Umsatz stieg im dritten Quartal um 12 Prozent auf 62,57 Milliarden Kronen. Laut H&M wurde mehr Ware zum vollen Preis verkauft. Der Online-Umsatz wuchs um 30 Prozent. H&M hat in Österreich mehr als 85 Shops.

Pepsi verdiente im dritten Quartal weniger

Hohe Kosten haben dem Coca-Cola-Konkurrenten PepsiCo im dritten Quartal trotz starker Geschäftszuwächse einen Gewinnrückgang eingebracht. Verglichen mit dem Vorjahreswert sank der Überschuss von 2,5 auf 2,1 Milliarden US-Dollar (1,9 Mrd. Euro). Dabei ließ vor allem die florierende Snack-Sparte Frito-Lay die Erlöse um 4,3 Prozent auf 17,2 Milliarden Dollar steigen. Dass Pepsi dennoch deutlich weniger verdiente, lag unter anderem an gestiegenen Ausgaben für Werbung und Marketing. Der US-Konzern litt zudem unter dem starken Dollar, der die Auslandseinnahmen nach Umrechnung in die US-Währung schmälert. Pepsi bestätigte dennoch die Geschäftsziele für das Gesamtjahr.

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

EU-Millionen für Austro-Start-up

Bluecode. Das Wiener Fin-Tech Bluecode erhält knapp zwei Millionen Euro Fördergeld aus dem „Horizon-2020“-Programm der EU-Kommission. Mit Horizon-2020 unterstützt die EU Forschung und Innovation. Bluecode ist Spezialist für mobile Zahlungslösungen am Smartphone und sieht sich durch eine Allianz mit anderen Zahlungsanbietern aus Europa als Alternative zu Apple Pay oder Google Pay. Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Standards für mobile Zahlungssysteme, ohne dabei Kundendaten zu sammeln.

Thomas Cook gibt in Österreich auf

Schließung. Nach der Pleite des britischen Reisekonzerns Thomas Cook wird auch die Thomas Cook Austria AG endgültig geschlossen. Der bestellte Insolvenzverwalter brachte am Donnerstag einen entsprechenden Schließungsantrag beim Handelsgericht ein. Das endgültige Aus bedeutet, dass sämtliche Gläubiger um ihr Geld umfallen dürften. Laut Kreditschutzverband KSV1870 steht nicht fest, ob es am Ende des Insolvenzverfahrens überhaupt zu einer Quotenausüttung, also einer Teiltilgung der Schulden, kommen wird.